

Hambacher Forst und Klima schützen!

Antragstellerinnen: Bezirksschüler*innenvertretung (BSV) Köln, DIDF-Jugend Köln, Sozialistische Jugend – Die Falken KV Köln

Die Jugendring-Vollversammlung möge beschließen:

Der Kölner Jugendring spricht sich für einen nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen der Erde aus. Der menschengemachte Klimawandel verschlechtert Lebensbedingungen, zwingt Menschen zur Flucht und bedroht langfristig die Grundlagen menschlichen Lebens auf der Erde. Diese Entwicklung muss schnellstmöglich aufgehalten werden. Insbesondere ist es nicht hinnehmbar, dass wirtschaftliche Interessen von Staaten und Konzernen Vorrang gegenüber den Umwelt- und Naturschutz haben.

Die aktuellen Ereignisse im Hambacher Forst zeigen den Wahnsinn unserer aktuellen Energiepolitik und dass diese keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat. Das Land NRW versucht den letzten verbliebenen Urwald zu räumen, damit im Nachgang der Energiekonzern RWE diesen roden kann, um noch mehr Braunkohle abzubauen. Braunkohle ist ein veralteter und extrem umweltschädlicher Energieträger, der - will man auch nur annähernd die Klimaziele erreichen - sofort aus dem Energiemix genommen werden muss. In diesem Konflikt stehen sich das Profitinteresse eines Energieunternehmens und die Bewahrung der Umwelt und des Klimas unversöhnlich gegenüber.

- Der Kölner Jugendring erklärt sich solidarisch mit den Aktivist*innen, die mit Aktionen zivilen Ungehorsams auf friedliche und kreative Weise versuchen, den Wald zu retten und damit einen praktischen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- Wir rufen unsere Mitgliedsorganisationen dazu auf, sich den Protesten anzuschließen und für einen Ausstieg aus der Kohle Stellung zu beziehen.
- Wir fordern das Land NRW dazu auf, die Polizei aus dem Hambacher Forst zurückzuziehen und sich für einen schnellen Ausstieg Deutschlands aus der Kohleenergie zu engagieren. Wir fordern das Land auf, um diesem Engagement Nachdruck zu verleihen, für alle - auch nachgeordneten - Einrichtungen auf eine Versorgung mit erneuerbaren Energien umzustellen.
- Wir fordern die Energiekonzerne und die Politik dazu auf, den Beschäftigten im Braunkohlesektor eine Sicherung ihrer Arbeitsplätze und kostenfreie Umschulungen zu gewährleisten, um den sozial-ökologischen Wandel erfolgreich zu gestalten.
- Der Kölner Jugendring möge sich mit einer Resolution an den Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln wenden und dort fordern, dass die Stadt Köln auf Ökostrom umsteigen soll und den Trägern der freien Jugendhilfe durch eine Anpassung der Fördergelder den Umstieg ermöglicht.